

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postsendung ohne Postgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Streifen 3.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achteigste Nonparaville oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das festgesetzte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungsverschlag 20 Proz. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetats für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die monarchistische Gefahr.

Ein Aufruf der österreichischen Soldatenräte.

Wien, 10. August.

Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen Aufruf des Reichsvollzugsausschusses der Soldatenräte an die Proletarier im Baffenerod, in dem die Reaktion unter Hinweis auf die Ereignisse in Ungarn davor gewarnt wird, einen Anschlag auf die deutsch-österreichische Republik zu versuchen. Jeder einzelne Proletarier sei bereit, sein Leben für die Freiheit zu lassen. Zum Schluss heißt es: Soldaten! Proletarier! Seid einig! Seid Euch der großen Gefahr bewußt und bereitet Euch zum Kampfe vor!

Die Konterrevolution in Ungarn.

Die Entwaffnung der roten Armee.

Budapest, 9. August. (Mag. Tel.-Korr.-Bureau.)

Nach dem Bericht des Kriegsministeriums ist die Entwaffnung der Roten Armee überall in größter Eile verlaufen und heute beendet worden.

Beratung der Gegenrevolutionäre.

Budapest, 9. August. (Korr.-Bureau.)

Von Seiten der Szegediner Regierung ist Graf Teleki in Budapest angelangt, um im Auftrag der Szegediner Regierung sich über die Lage zu unterrichten. Sie wurden bereits vom Erzherzog Josef empfangen und werden heute mit dem Ministerpräsidenten Friedrich eine Konferenz haben.

Tschechische Besorgnisse.

Wien, 9. August.

Von den beiden tschechischen Vätern Wiens erklärt „Ebeneski Denni“ zu der Einsetzung des Erzherzogs Josef, dieser Besuch der Habsburger zur Wiederherstellung der Macht müsse um jeden Preis ein Versuch bleiben, sonst würde eine baldige große Bedrohung „unseres Staates“, wie das Blatt sagt, nicht ausgeschlossen sein. Pflicht der tschechisch-slowakischen Regierung sei es, unverzüglich von der Pariser Friedenskonferenz die Entsetzung des Habsburgers als Subjekt zu fordern. „Delnidi Witi“ schreiben: Die Ententeregierungen werden von der Geltendmachung der monarchistischen Staatsform in den besetzten Ländern absehen müssen, andernfalls würden die Kämpfe ungeahnten Umfangs hervorgerufen.

Ein französisches Ultimatum.

Paris, 10. August.

Einige Abendblätter behaupten, die neue ungarische Regierung habe die Waffenstillstandsbedingungen humanitäre angenommen. „Jutantschant“ sagt, die Note, die Clemenceau im Auftrag des Obersten Rats wegen des Einzugs der rumänischen Truppen in Budapest nach Bukarest geschickt habe, läme einem Ultimatum gleich.

Französische Beklemmungen.

„Haben wir eine Politik?“

Paris, 9. August.

„Tempo“ sagt in einem Leitartikel: Als der Bolschewismus in Budapest eingerichtet hatte, warb er Schüler in Wien. Aber die in Budapest wieder installierte Habsburger Dynastie in Wien nicht viele Erinnerungen wecken? Andererseits ist Budapest die erste europäische Hauptstadt, die vom Bolschewismus befreit wird. Auf diesem Wege sind die Ungarn den Bayern gefolgt. München allerdings ist nicht so weit gegangen, einen Bolschewischen zurückzurufen. Werden sich unter den Deutschen, die die Ereignisse in Ungarn verfolgen, nicht viele finden, die behaupten, daß man in München auf halbem Wege stehen gelassen ist? Wird das Schauspiel, das sich in Ungarn vollzieht, nur im Westen von Budapest Eindruck hervorrufen? Gibt es nicht im Osten ein ungeheures Reich, das vom Bolschewismus befreit werden soll? Wird es nicht alle russischen Patrioten genötigt sein zu fragen, indem sie die ungarische Wiederaufrichtung ins Auge fassen: Wird es bei uns eines Tages auch so enden? „Tempo“ ist der Ansicht, daß Mittel- und Osteuropa am Ende

punkt ihrer Geschichte angekommen seien. Es könnten sich im Laufe der nächsten Monate Veränderungen vollziehen, die auf das Schicksal des ganzen europäischen Kontinents den größten Einfluß haben werden. „Tempo“ fragt zum Schluss: „Wollen wir die Ereignisse lenken oder ihnen folgen? Haben wir eine Politik oder haben wir keine?“

Die Ausführungen des offiziellen französischen Organs spiegeln die Besorgnisse wieder, die in den französischen Reaktionskreisen angesichts der Vorgänge in Ungarn um sich greifen. Dieselben Kreise, die die monarchistische Gegenrevolution in Rußland und Ungarn fördern, scheinen nun vor dem Uebergreifen dieser Bewegung auf Deutschland starke Besorgnisse zu hegen. Im Kampfe gegen den „Kaiserismus“ und den „Bolschewismus“ sind die französischen Bourgeoispolitiker in eine Sackgasse geraten. Sie fürchten mit Recht die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland, die untrennbar verknüpft wäre mit der Erstarkung des deutschen Militarismus und der Vorbereitung eines Revanchekrieges. Nicht minder aber fürchten sie den sozialen Befreiungskampf der unterdrückten Klassen und Nationen in Ost- und Mitteleuropa, der in ihren Augen mit dem Worte „Bolschewismus“ synonymisiert ist. Der nächste Kampf, den sie seit Monaten gegen diesen Befreiungskampf führen, hat nun zu Ergebnissen geführt, die den „Siegern“ selbst bedrohlich erscheinen. Ihre Ratlosigkeit ist die natürliche Folge des inneren Widerspruchs, an dem die gesamte Politik der Entente krankt.

Vertagung der französischen Kammer.

Paris, 10. August.

Die französische Kammer ist gestern in die Ferien gegangen. Sie beschloß, die parlamentarischen Arbeiten am 21. August mit der Beratung des Gesetzes über die Ratifizierung des Friedensvertrags zu beginnen. Auch der Senat beendete gestern seine Arbeiten. Er tritt am 4. September zusammen und hofft, daß bis dahin die Kammer den Friedensvertrag ratifiziert hat, so daß er sofort mit der Beratung beginnen kann.

Die Demobilisierung in Frankreich.

Bern, 9. August.

Die Pariser Blätter teilen in einer amtlichen Bekanntmachung des Demobilisationsamtes mit, daß die Jahresklassen 1913—17 einschließlich vom 31. August an in sechs Staffeln demobilisiert werden, so daß am 30. September nur noch die Klassen 1918 bis 1920 als aktives Heer mobilisiert bleiben.

Deutsch-österreichische Arbeiter für Nordfrankreich.

St. Germain, 9. August.

Arbeitsminister Roucheur setzte heute die Beratungen mit den deutsch-österreichischen Vertretern über die Entsendung deutsch-österreichischer Arbeiter nach Frankreich fort. In wichtigen Fragen wurde eine Annäherung erzielt und der baldige Abschluß der Verhandlungen ist zu erwarten. Dienstag findet eine neuerliche Sitzung statt, worauf die deutsch-österreichischen Vertreter das zerstörte Gebiet Nordfrankreichs besichtigen dürfen.

Deutsch-Polnische Verhandlungen in Berlin.

Laut Mitteilung des polnischen Ministerpräsidenten wird die polnische Delegation unter Führung des Unterstaatssekretärs des polnischen Außenministeriums Dr. Broblewski in der Stärke von 45 Teilnehmern Sonntag nacht in Berlin zu den deutsch-polnischen Verhandlungen eintreffen. Die Eröffnungssitzung wird im Beisein von Vertretern der hiesigen militärischen Mission der alliierten Hauptmächte im großen Saale des ehemaligen Herrenhauses Montag nachmittags stattfinden.

Demission Eudo Hartmanns.

Der deutsch-österreichische Gesandte in Berlin, Dr. A. M. Hartmann, hat heute seine Demission abgegeben. Die „Neue Freie Presse“ verzeichnet das Gerücht, wonach die Ernennung des ehemaligen Justizministers Dr. Klein zum deutsch-österreichischen Gesandten in Berlin bevorstehe.

Nordfrankreich und Belgien.

Von E. Aufhäuser.

Es ist wohl kein Zufall, daß inmitten tiefgehender Meinungsverschiedenheiten und leidenschaftlicher Kämpfe auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress in der Entscheidung zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete eine volle Uebereinstimmung zum Ausdruck kam. Das Problem, dem hier die Arbeiter und Angestellten Deutschlands gegenüber stehen, ist auch von viel zu hoher grundsätzlicher Bedeutung, als daß wir uns etwa in der Fortführung jener kleinlichen Zeitungspolemik erschöpfen dürften, die einige Tagesblätter im Anschluß an die Berliner Versammlungen einzuleiten für gut befunden hatten. Wenn in dieser oder jener Versammlung ein Redner sich bei einer solch ausgesprochenen Gegenwartsfrage in schlecht erfasste politische Endziele verlor, so wird sich die Masse unferer denkenden Kopf- und Handarbeiter deshalb nicht davon abhalten lassen, grundsätzlich, aber positiv zu handeln. Die werktätige Bevölkerung steht einer aktiven Anteilnahme am Werk des Wiederaufbaus an sich keineswegs ablehnend gegenüber. Ihr Unwille richtet sich vielmehr lediglich gegen die Verständnislosigkeit, mit der die Regierung bislang den von allen Richtungen der organisierten Arbeitnehmerschaft für den Wiederaufbau gestellten Forderungen gegenübersteht.

Die deutschen Arbeiter, die an der Vernichtung jener blühenden Stätten von Nordfrankreich und Belgien wider Willen beteiligt gewesen waren, haben jetzt Gelegenheit, ihre Freundschaft für die Bewohner der zerstörten Gebiete praktisch zu beweisen. Nachdem sie jahrelang als Opfer eines unerlöschlichen Imperialismus gegen die eigenen Massengenossen das fürchterliche Handwerk des Krieges ausüben gezwungen waren, sollen sie jetzt als Menschen friedlich unter ihren Arbeitsbrüdern in Nordfrankreich und Belgien leben; sie sollen obdachlosen Familien Wohnungen, der Arbeit neue Werkstätten bauen. Es kann für unsere kulturell hochstehende deutsche Arbeiterschaft keinem Zweifel unterliegen, daß sie es sein muß, die diesen ersten Schritt zu dauernder Welterneuerung zu tun hat. Gerade die Erkenntnis, daß die Träger der Arbeit allein dazu berufen sein können, die von Deutschland eingegangenen Friedensbedingungen zu verwirklichen, hätte die maßgebenden Stellen davon abhalten müssen, eine derartige Aufgabe höchster kultureller, sozialer und internationaler Bedeutung zu einem Geschäft für profitliche Kapitalisten werden zu lassen. Ein Aufruf der Regierung, der das Verständnis zu den vorsehenden Grundfragen und die unbedingte Aufsichtnahme enthalten hätte, daß bei diesem Werk der Menschlichkeit jeder privatkapitalistische Gewinn restlos ausgeschaltet bleiben wird, hätte bei tausenden von Arbeitern einen begeisterten Widerhall gefunden. Die Passivität, mit der die Regierung selbst in dieser ausgesprochenen Arbeiterfrage jedoch verharrt, um dem kapitalistischen rührigen Unternehmertum die Führerschaft zu überlassen, konnte selbstverständlich auf die arbeitenden Volksschichten nicht ermutigend wirken. Die Arbeiterschaft darf aber aus ihrer berechtigten Unzufriedenheit heraus nicht in denselben Fohler verfallen, um nun etwa mit verstränkten Armen zu protestieren. Ihre Aufgabe ist es, alles aufzubieten, die auf der Reaktionsseite fehlende Aktivität selbst zu ersetzen, von sich aus das praktische Organisationsprogramm für den Wiederaufbau aufzuzeichnen und durch die Geschlossenheit ihres Aufstrebens zu Anerkennung zu bringen.

Wenn die Ausschaltung des privatkapitalistischen Gewinnes die erste und unerlöschliche Voraussetzung einer für Arbeiterschaft annehmbaren Wiederaufbauorganisation bildet, so müssen von vornherein alle Vorschläge ausscheiden, nach denen die Arbeiten an Privatunternehmern verpackt werden sollen. Es mag zugegeben werden, daß es auch im Submissionsverfahren mehr oder weniger annehmbare Methoden gibt, aber spezifischen Charakter haben sie alle. Auch die im Organ des Bauarbeiterverbandes erdorteten Vorschläge von Verhandlungsorgan, die sich teilweise auf die sogenannten Selbstkostenverträge aufbauen oder die Vergütung nach dem Schätzungsverfahren bzw. zu festen Einheitspreisen vorsehen, lassen die Möglichkeit der vorherigen Verständigung bei den Angebotenen innerhalb der organisierten Unternehmern zum Schaden des

Staates zu, abzusehen davon, daß die Selbstkostenberechnung bereits eine Gewinnrechnung ist. Entscheidend aber ist bei all diesen Vorwürfen, daß neben manchen Sicherungen gegen die schlimmsten Auswüchse der Spekulation, grundsätzlich der Unternehmergewinn bestehen bleiben soll.

Die gemeinwirtschaftlichen Interessen und die Arbeiterinteressen zwingen daher gebieterisch zu der Forderung, daß der rein staatliche Betrieb unter Selbstverwaltung der Angestellten und Arbeiter zur Anwendung kommt. All die bekannten Einwände von der notwendigen Inanspruchnahme der Unternehmerintelligenz usw. können hier nicht verfangen, denn es bleibt jedem selbständigen Unternehmer oder Betriebsleiter überlassen, sein Können zur Verfügung zu stellen und für die geleistete Arbeit seinen Lohn zu empfangen. Es wäre aber unerträglich, wenn den Arbeitern zugemutet würde, nach Nordfrankreich und Belgien zu gehen, um dort mit ihrer Arbeit neue Quellen des Kapitalgewinns zu erschließen. Das Bedenken, daß der Staatsbetrieb stets zur Bürokratisierung neigen müsse, ist nicht stichhaltig, denn die schlichten Erfahrungen, die vorliegen, zeigen lediglich Fehler des alten Systems, die bei dieser neuen Aufgabe leicht vermieden werden können. Die ferner erhobene Befürchtung, daß bei einer Ausschaltung des privaten Unternehmertums die erforderlichen Mengen von Betriebsmitteln nicht vorhanden wären, ist auch nicht stichhaltig. Man kann annehmen, daß der gegenwärtige Bestand an Vorräten und ähnlichem Material für das besonders umfangreiche Wiederaufbauprojekt in keinem Falle ausreichen wird und deshalb unabhängig vom System ergänzt werden muß. Gegen widerpenfliche Unternehmer, die auch verfügbares Material herzugeben sich weigerten, stehen sich wohl die geeigneten Maßnahmen finden. Schließlich sind doch auch im Kriege zum Zwecke der Herstellung Materialien beschlagnahmt worden und der Neuaufbau dient doch zweifellos einem höheren Zweck. Oder soll der staatliche Zwang künftig nur noch gegenüber den Arbeiter angewendet werden? Es ist ferner unzutreffend, daß der staatliche Betrieb an der Verlegung des Einverständnisses der Ententeeregierungen scheitern würde. Nach dem Friedensvertrag ist es Deutschland überlassen, innerhalb von 4 Monaten seinerseits Vorschläge für den Wiederaufbau zu machen. Vor allem aber kann Frankreich auf die deutschen Arbeitskräfte in seinem Fall verzichten, es sei denn, daß es sich mit dem trostlosen Zustand der verwüsteten Gebiete noch viele Jahre abfinden wollte. Wir planen deshalb nicht an den Widerstand der Entente, weil diese nützlichen Ratgeber immer derjenigen Arbeitsweise zustimmen werden, die sich als die billigste erweist, was ja durch den Wegfall des Unternehmergewinnes der Fall wäre.

Aber es ist auch notwendig, daß die in Berlin zu erstellende zentrale Wiederaufbaubehörde, die sich zur Regelung der Arbeiterbeschaffung, Wohnungsverwaltung, Arbeitsbeschaffung, Gesundheitsfürsorge usw. in eine Reihe von Unterabteilungen zu gliedern hätte, vom vollen Vertrauen der Arbeiterschaft getragen sein muß. Sie hat sich also aus gewählten Arbeiter- und Angestelltenvertretern zusammen zu setzen, denen die Vertreter der einschlägigen Behörden beratend mit zur Seite stehen. Nach denselben Grundrissen wären entsprechende Bezirks- und Ortsverwaltungsorganen zu bilden, denen schließlich die Betriebsräte folgen. Die Gewerkschaften, denen neben der Zusammenfassung und Vereinheitlichung der betrieblichen Organisation die sozialpolitische Vertretung, die Arbeitsvermittlung und der übrige Komplex ihrer bisherigen Betätigung obliegen könnten, würden in den Gebieten von Nordfrankreich und Belgien besondere Sekretariate errichten. Sie wären auch dazu berufen, die ständige Verbindung mit der in Deutschland befindlichen Arbeiterschaft herzustellen.

Die Arbeitsvermittlung müßte mehr, als bisher zentralisiert sein. Die Berliner Zentrale hätte an gut gelegenen Punkten der Arbeitsgebiete Nachrichtenstellen zu unterhalten, die mit den Gewerkschaftssekretariaten identisch sein könnten, um den Bedarf an Arbeitskräften anmelden zu bekommen. Sie hat gleichzeitig durch den entsprechend organisierten Nachrichtendienst bei den öffentlichen und den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen ständig die Uebersicht über das vorhandene Arbeitsangebot. Auch die Auswechslung von Arbeitskräften innerhalb des Wiederaufbaubereiches hätte über die Vermittlungszentrale zu gehen.

Der Wiederaufbau kann nur aus freier Arbeit hervorgehen. Jede Art von Arbeitszwang ist abzulehnen, ebenso jede Ausschließung durch fremde Staaten. Die Angestellten und Arbeiter schließen mit der deutschen Regierung einen Arbeitsvertrag ab, für den einheitliche tarifliche Grundlagen zu schaffen wären, die im Hinblick auf die Neuheit der Beschäftigungsweise zunächst fürarbiträr gehalten sein müßten. Abweichend von den normalen Lohnnahmethoden wäre eine Regelung zu treffen, die für die im Anfang verbliebene Frau und die Kinder besondere Rücksicht vorzusehen, die zusammen mit einem Teil des Grundlohnes unmittelbar an die Familienangehörigen zur Auszahlung gelangen, während jede Art von Familienunterstützung undskatabel ist.

Für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis könnten Schlichtungsstellen errichtet werden, während sonst die Arbeiter und Angestellten nur den ordentlichen deutschen Gerichten unterstehen. Auch hinsichtlich der Staatsbürgerrechte, wie des gesetzlichen Arbeitsalters kann nur völlige Gleichstellung mit den inländischen Arbeitern in Frage kommen. Eine Erweiterung der geltenden sozialpolitischen Gesetzgebung würde u. a. die Festlegung des regelmäßigen Heimurlaubes und die freie ärztliche Hilfeleistung zu bringen haben. Für eine Regelung des Wohnens, der Berufsausbildung und der Bekleidung liegen bereits brauchbare Vorschläge vor. Entscheidend ist, daß die Arbeiter auch in all diesen Nebensachen die volle Selbstverwaltung behalten, so daß neben den üblichen Arbeitervertretungen Wohnungs-Versorgungskommissionen usw. aus den Betriebsmerkmalen gebildet werden müßten. Schließlich bietet sich den Bildungsausschüssen der Arbeiterbewegung noch ein reiches Feld der Betätigung, um den von unserem einheimischen Volkseigenen abgewanderten Arbeitern den Anteil an unserem Kulturleben nicht zu verlieren; ihnen Unterhaltung und geistige Nahrung zu bieten.

Je mehr man sich mit dem ganzen Arbeitsleben, das hier neu entsteht, beschäftigt, umso mehr zeigt sich, welche

gewaltige Willen die Arbeiterschaft zu leisten berufen ist. Es ist wesentlich mehr, als die landläufige Phrase, wenn diesmal die Arbeiterschaft aufgerufen wird, positive Arbeit zu leisten, denn die konsequente Durchführung des hier nur skizzierten Planes kann ein Werk der Stoff- und Handarbeiter werden, dessen Bedeutung an den Grenzen von Belgien und Nordfrankreich nicht halt zu machen braucht. Umso berechtigter aber ist die Forderung, daß das Werk nur in vollem Einvernehmen mit der Arbeiterschaft durchgeführt wird.

Der Zentralrat und der Wiederaufbau.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, gez. Cohen, erläßt an alle Arbeiterräte der deutschen Republik einen Aufruf, in dem es heißt:

Die Leistungen Deutschlands für den Wiederaufbau müssen in der Hauptsache in der Stellung geeigneter Arbeitskräfte bestehen. Jede andere Form (z. B. Bezahlung oder übermäßige Lieferung von Rohmaterialien) würde katastrophale Folgen für unser Land haben. Es handelt sich also darum, daß die Arbeitskräfte in Deutschland vorhandenen Arbeitskräfte, die zum Teil eine Beschäftigung finden, sich freiwillig für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen. Es ist selbstverständlich, daß die Interessen der Arbeiter dabei nach jeder Seite hin gewahrt werden müssen. Unersättliche Forderungen aber, wie sie in letzter Zeit aufgetaucht sind, dürfen nicht gestellt werden. Sie würden die ohnehin verzweifelte Lage unseres Landes noch verzweifelter gestalten. Es darf nicht vergessen werden, daß wir bei allen, den Wiederaufbau betreffenden Dingen nicht frei, sondern von der Entente abhängig sind und in allem eine vorherige Verständigung mit Frankreich erzielt werden muß. Am besten würden zweckentsprechende Arbeitsbedingungen durch gemeinsames Handeln der deutschen und französischen Gewerkschaften zu erzielen sein.

Aber auch für die Arbeiterräte der deutschen Republik liegt hier eine lohnende Aufgabe. Sie müssen den deutschen Arbeitern sagen, daß Angeheures von der richtigen Entscheidung dieser Angelegenheit abhängt. Sie müssen ihnen sagen, daß diese Arbeit nicht geschieht für den deutschen und den französischen Kapitalismus, sondern für das eigene Volk und dessen Erhaltung. Jede privatkapitalistische Form bei dieser Wiederaufbauarbeit besitzigen zu wollen, wäre ein nutzloses Beginnen und absolut unmöglich. Vergessen wir nicht, daß es schnell zu handeln gilt, die neuen Formen aber, die den Privatunternehmer vollkommen ausschalten sollen, im Augenblick noch gar nicht existieren.

Mit dieser Stellungnahme setzt sich der Zentralrat in schroffem Gegensatz zu dem einmütigen Beschluß des Nürnberger Gewerkschafts-Kongresses. Wir erwarten deshalb, daß die Generalkommission der Gewerkschaften dieser Stellungnahme des Zentralrates entschieden entgegentritt und dafür sorgt, daß die Regierung die Forderung des Gewerkschaftskongresses erfüllt.

Amlich wird mitgeteilt, daß bei den Besprechungen über die Wiederaufbaufrage in den beiderseitigen Ausschüssen eine gewisse Annäherung erzielt worden ist. Die deutsche Kommission unter Leitung von Geheimrat Schmitt vom Auswärtigen Amt wird dem Kabinett am Montag Vortrag halten.

Brodat, Kano & Co. mit Zwangsarbeit!

Aus einem Bericht über die Tätigkeit des gelben Volksgenrates, in bezug auf die zu treffenden Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens, den der „Vorwärts“ in seiner Morgenausgabe vom Freitag veröffentlicht, heißt es:

Der Volksgenrat der S. P. D. ist nach mehreren Sitzungen zu dem Beschluß gelangt, einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft zu erlassen, um die benötigten Handwerker und ungelerten Arbeiter — man rechnet mit einem Bedarf von etwa 60 000 Mann — zur Verfügung zu veranlassen. Sollte dieser Aufruf nicht die beabsichtigte Wirkung haben, dürften Zwangsmassnahmen nicht zu umgehen sein.

Dies zeigt der gelbe Volksgenrat sein wahres Gesicht, aber auch den Größenwahn, von dem diese Gesellschaft befallen ist. Er will durch seinen Aufruf die deutsche Arbeiterschaft veranlassen, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuarbeiten. Sollte dieser Aufruf nicht den nötigen Erfolg haben, dann werden Zwangsmassnahmen ergriffen. So droht der gelbe Volksgenrat! Das hat selbst die Regierung noch nicht gewagt, denn unmittelbar unter dieser unterschätzten Drohung bringt der „Vorwärts“ eine Notiz der offiziellen „S. P. D.“, die von zuständiger Stelle erfahren hat, daß bei der Derangierung der Arbeiterschaft zum Wiederaufbau kein Zwang ausgeübt werden soll.

Dieses unerhörte Verhalten des gelben Volksgenrates setzt uns nicht mehr in Erstaunen. Wir wissen, daß diese Leute seit Monaten die Interessen der Arbeiterschaft heimlich verraten haben. Sie haben ihr verräterisches Treiben immer geschickt zu verbergen gewacht. Hier lassen sie einmal die heuchlerische Maske fallen und offenbaren ihren wahren Charakter. Für diese Leute hat auch der Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses, dem, wie aus dem Bericht des Volksgenrates hervorgeht, sich die Berliner Gewerkschaftskommission vollkommen anschließt, gar keine Bedeutung. Wir können daher der Arbeiterschaft das Urteil über eine solche Handlungsweise ruhig überlassen.

Beratungen über das Reichselektrizitäts-Monopol.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Beratung des Gesetzesentwurfes über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft fortgesetzt. Der rechtssozialistische Abgeordnete Rahnmann begründete die Vorlage als einen großen Fortschritt auf dem Wege zur Sozialisierung. Abgeordneter Leicht (Zent.) hegte gewisse Bedenken gegen die Vorlage, ebenso der Abgeordnete Wieland als Sprecher der Demokraten. Beide Redner sprachen im Interesse des Privatkapitals. Den Standpunkt der U. S. P. D. legte Genosse Könen dar. Es folgte aus:

Der Entwurf bringt lediglich ein Reichselektrizitätsmonopol und eine Verstaatlichung von Großbetrieben. Nur in der Uebersicht wird ihm die Eizentrale „Sozialisierung“ aufgesetzt. Die Begründung gibt zu, indem sie sich auf die Eisenbahnen bezieht, daß es sich nicht um Sozialisierung handelt, sondern nur um ein Reichsmonopol, genau so, wie es bei der Eisenbahn auch schon das gute alte Deutsche Reich gemacht hat. Selbst die Verstaatlichung ist nicht vollständig durchgeführt, die Beteiligung der Privatwirtschaft bleibt erhalten und damit auch die Ausbeutung der Arbeiterschaft für privatkapitalistische Interessen. Wir werden Ihnen Anträge unterbreiten, die zunächst

gunnen möglichst niedrig zu bemessen. Von allen Grundfragen der Sozialisierungskommission ist in diesem Gesetz rein gar nichts zu finden. Wir werden im Ausschuss dahin zu wirken suchen, daß als erste Etappe zur wirklichen Sozialisierung wenigstens das Reichsmonopol gesichert wird.

Die Vorlage wurde einem Ausschuss von 28 Mitgliedern überwiesen.

Gesetzentwurf über Enteignung.

Der Nationalversammlung ist aus Anlaß des Friedensvertrages ein Gesetzesentwurf über Enteignung zugegangen. Während bisher eine Enteignung nur auf Grund eines Befehls und sehr umständlichen Verfahrens durchgeführt werden konnte, bestimmt dieser Entwurf, daß die Enteignung ohne Befehl und ohne Befehl erfolgt und daß die Besitzer der enteigneten Sachen zu Herausgabe verpflichtet sind. Jedermann in fremden Sachen-Verlangen zur Auskunftserteilung verpflichtet. Die Enteignungsbehörden erhalten das Recht, Gegenstände, welche der Enteignung unterliegen, zu beschlagnahmen. Die Enteignung erfolgt gegen angemessene Entschädigung. Die von der Enteignungsbehörde festgesetzt wird.

Wie aus dieser kurzen Inhaltsangabe bereits ersichtlich ist, dient dieser Gesetzesentwurf durchaus nicht der Absicht der Sozialisierung, sondern will nur die Möglichkeit zur Erfüllung der Deutschland durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen geben.

Der angebliche Eisenbahnerstreik.

Vor einigen Tagen wurde die Öffentlichkeit durch eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ alarmiert, daß sich in Erfurt Anfang Juli ein mitteldeutscher Block der Eisenbahnbeamten gebildet habe, der die vollständige Demobilisierung der Eisenbahnverwaltungen durch einen Streik zu erzwingen suche. Der Streik solle zum 1. September beginnen. Mit Eifer haben sich alle bürgerlichen Blätter unterstützt von der Presse der Rechtssozialisten, auf diese Nachricht gestützt, um das Geistes eines unmittelbar bevorstehenden allgemeinen Eisenbahnerstreiks in den schwarzesten Farben zu malen.

Auch der preussische Eisenbahnminister Dezer beteiligte sich an dieser Verurteilung der Dessenität. In einem Erlaß an die Beamtenchaft der Preussisch-Brandenburgischen Staatsbahnen teilt er mit, daß die Demobilisierung der Eisenbahnverwaltung erzwingen werden solle, und gibt dazu ein Programm, in dem es heißt:

„Eine Streikorganisation ist durchzuführen. Die Namen der Beteiligten sind gegenseitig anzutauschen. Regelmäßige Zusammenkünfte der Streikleitung sind zu veranstalten, um in mündlichem Beisammen eine schlagfertige Organisation bis 1. 9. 1919 zu schaffen.“

An diese Mitteilung knüpft er folgende Bemerkungen: „Diese Propaganda des Streiks in der Eisenbahnbeamtenchaft ist, besonders im jetzigen Augenblick, ein Verbrechen am deutschen Volke. Jedem Einsichtigen ist die Gefahr des völligen Zusammenbruchs des Wirtschaftslebens vor Augen. Dazu kommt die besorgniserregende Lage der Kohlenversorgung und die Befürchtung, daß die Reichsweite sich im Winter noch erheblich verschlimmern werden. Die Tatsachen müssen insbesondere dem Eisenbahnbeamten sein, der infolge seiner Tätigkeit die Entwicklung des Wirtschaftslebens genau verfolgen kann. Jeder Eisenbahnbeamte kennt auch die schwierige Betriebslage, mit der die Eisenbahn augenblicklich kämpft. Alle diese Umstände müssen in jedem von ihnen die Ueberzeugung von dem Ernst der Lage im Eisenbahnenwesen befestigt haben. Wenn in solchem Augenblick eine kleine Anzahl von Beamten eine Organisation schaffen wollen, um den Streik zur Durchführung zu veranlassen, so ist das ein Wunsch, der proklamieren zu können, so ist das ein Wunsch, der auf schärfste verurteilt werden muß.“

Dezer weist dann weiter darauf hin, daß durch diese Vor gehen die Beamten ihre staatsrechtliche Stellung gefährden und ihre elementarsten Beamtenpflichten verletzen. Er wisse sich mit der ganzen Staatsregierung darin einig, daß die Fortsetzung dieser Pläne und jede Beteiligung der Eisenbahnorganisation an den schändlichen Beamten mit den gesetzlichen Strafen geahndet werden wird.

Jeder, der die von Minister Dezer wörtlich zitierte Stelle aus dem Programm der Eisenbahnbeamten kennt, wird daraus nicht etwa eine Drohung mit dem allgemeinen Streik herauslesen, sondern lediglich eine Warnung an die Beamten der Eisenbahnen, ihre gewerkschaftliche Organisation aufzugeben. Dieses Recht steht den Beamten aber durchaus ungeschmälert zu und es ist ein deutliches Zeichen nicht nur für die Nervosität der Regierung, sondern auch für ihre Unwissenheit, ihre gewerkschaftliche Organisation der Beamten, daß sie aus dieser durchaus legalen Betätigung der Beamten eine neue Gefahr gegen sie einzelen und die Dessenität auf das allerstärkste beunruhigen.

Der Deutsche Eisenbahnbeamtenbund in Weimar stellt fest, daß die in diesen Meldungen enthaltenen unrichtigen Berichte zurückgegeben, die aus einer Sitzung zur Schlichtung von Differenzen zwischen der Eisenbahndirektion mit der Gewerkschaft des Deutschen Eisenbahnbundes in die Presse gelangt sind. Er erläßt deshalb folgende Erklärung:

Die Bezirke Kassel, Erfurt, Halle und Magdeburg gehören dem großen Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten an. Diese denken nicht daran, über die Köpfe ihrer Gewerkschaften hinweg einen Streik zu organisieren. Sie stehen einander in Fühlung, um die zurzeit unvollkommene Organisation der jungen Gewerkschaft durchzubilden. Alles überflüssige müßige Kombination oder absichtlich falsche Darstellung, wie in der Mitteilung genannte Rechnungsdirektor Schöbe in der Hauptsache nicht beteiligt.

Noch deutlicher aber wird der Reinfall der Regierung durch die folgende amtlich von Wolffs Telegraphen-Bureau verbreitete Meldung:

Wie wir zuverlässig erfahren, hat am 10. August der Vorstand des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten mit dem Minister der öffentlichen Arbeit eine Besprechung über den in der Tagespresse veröffentlichten Erlaß an die Eisenbahnbeamtenchaft gehabt. In ihr wurde von dem Vorstand ein Vertreter des Erfurter Bundesbezirksleitung der Gewerkschaften abgeordnet, sich künftig auf jeden Fall der Verhandlungen und der Leitung der Zentralleitung der Gewerkschaften zu fügen. Die Bundesleitung ihrerseits übernahm die

... dass von Erfurt keine Sonderdelegation unter-
nommen oder beabsichtigt werden wird. Der Erfurter
Vertreter erklärte auch seinerseits, dass von Erfurt ohne
Zustimmung der Zentralleitung ein Streik
weder propagiert, noch erklärt werden sollte.
Der Minister stellte fest, dass zur Frage des
Streikrechts der Vermittler an sich durch seinen Erlass
das grundsätzliche Stellung nicht genommen
sei. Der Erlass habe vielmehr die Eisenbahnbeamtenhaft
als die Fortentwicklung der Propagierung eines Vertriebs-
streikes in der letzten ersten Zeit aufklären sollen. Eben-
falls sei die geordnete Festlegung der Organisation durch
den Erlass irgendwie bedingt.
Damit dürfte nun wohl diese Sache ein vorläufiges
Ende erreicht haben. Wo aber wird nun ein neuer ähnlicher
Streik ausbrechen?

Das Blutbad in Chemnitz.

Die blutigen Vorfälle in Chemnitz bedeuten für die
Arbeiterklasse Deutschlands ein warnendes Beispiel.
Es ist einwandsfrei erwiesen, dass das Blutvergießen von
nationalen Elementen hervorgerufen worden ist, die durch
die Ereignisse in Ungarn ermuntert werden und nun glauben,
die lang ersehnte Revolution zu erzwingen. Was in
Chemnitz, der Stadt, in der bisher höchste Ruhe und Ord-
nung herrschte, geschehen ist, war nur ein Versuch, und
dieser Versuch scheiterte. Die Arbeiterklasse muss sich
klarer Willen der gesamten Arbeiterklasse zu danken,
die die Gefahr erkannte, sich über alle Parteigrenzen
hinauszuheben und auf das eine Ziel konzentrierte: die Reak-
tion zu bekämpfen zu lassen.

Wir haben uns bei der Beurteilung der Chemnitzer
Ereignisse ausschließlich auf die rechtssozialistische
Presse verlassen. Die linkssozialistische Presse hat
keine Aufklärung, aber in unmissverständlicher Weise zu er-
kennen gibt, wo die Tragödie der blutigen Ereignisse zu
suchen ist. Das Blatt stellt fest, dass die völkische
Menge von Leuten in Reichswehruniform be-
schaffen worden ist. Die Menge wartete am Freitag vor-
mittag vor einem Restaurant, in dem die Kommission der
Arbeiterparteien tagte, um zu der Situation Stellung
zu nehmen, die durch die Verhaftung des verhafteten Be-
lehrungsanführers hervorgerufen war. Nach langem Wor-
ten bekam sie von den Vertretern die Barole, sich
nachmittags 2 Uhr auf dem Königsplatz zu versam-
eln, wo ein Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen
mit der Stadtverwaltung bekanntgegeben werden sollte. Die
Menge bemerkte musterhafte Ruhe, es fielen keinerlei aus-
sagefähige Worte und jeder dachte an eine friedliche Lösung
der Situation. Wohllich wurde die friedliche Menge aus
den Häusern hinterhüllt und ohne jeden
Grund beschossen. Es gab Tote und Verwundete.
Damit nahm das Verhängnis seinen Lauf. Die Menge
empört in die Häuser, um die Urheber der Schüsse
zu stellen. Diese Empörung wurde noch an, als auf dem
Bahnhof Regimentsabteilungen ausgeladen wurden, die
schon ohne jede Ursache aus Gewehr- und Maschinenge-
wehren zu feuern begannen. Obwohl die Menge völlig
unbewusst war, warf sie sich dennoch den Provokateuren
entgegen, entwand ihnen Gewehre und Maschinengewehre
und ging nun ihrerseits zur Abwehr gegen die Anreifer
vor. Es entwickelte sich ein regelrechter Straßen-
kampf, der zuerst hin- und herwankte. Gegen 5 Uhr
schon waren die zur Gegenwehr herausgeforderten Ar-
beiter die Herren der Situation. Die Regimentsabteilungen
hatten eine offenkundige Niederlage erlitten
und mühten sich zurückzuziehen.

Der Kampf hat große Opfer gekostet. Die von der
bürgerlichen Presse gemeldeten Zahlen sind jedoch über-
trieben. Nach dem Vorkriegsbericht haben die Kämpfe auf
Seite der Regierungstruppen 14 Tote und 58 Ver-
letzte als Opfer gefordert, bei den Zivilisten gab es
11 Tote und 49 Verwundete. Von den Verletzten dürften
noch eine Anzahl dem Tode preisgegeben sein, da die
meisten Verwundungen durch Wundschüsse erfolgt sind.
Wie groß der Umfang der Chemnitzer Verdrüßung ist,
muss daraus hervorgehen, dass ein erschoffenes Pferd an
der Stelle abgehaut und das Fleisch verteilt wurde.
Die Chemnitzer „Volkstimme“ macht sich angegriffen der
Ereignisse die Forderungen der revolutionären Arbeiter-
schaft zu eigen und verlangt, die sofortige Auf-
hebung des Belagerungszustandes, die
völlige Freiheit der Presse, die Freilassung aller
politischen Gefangenen und kommt zu folgendem
Schluss:

Die Arbeiterklasse muss unbedingt diesen Dingen auf die
Spur kommen. Wir behaupten, dass in unverhüllter Weise die
Reaktion ihr Haupt zu erheben gedachte und den gegenwärtigen
Ausstand als den geeigneten ansah.

Die Stadt Chemnitz hat bisher den Ruf genossen, ihre Ruhe,
Ordnung und Disziplin auch in den schwierigsten Situationen der
Revolution aufrechtzuerhalten zu haben. Was wir der Reaktion
während immer gesagt haben, ist eingetroffen: Trotz der Gegen-
wehr im Falle eines Angriffes der Reaktion auf die Revolution
wird die Arbeiterklasse geschlossen zusammenstehen.
Dieser Augenblick ist jetzt gekommen. Die Arbeiterklasse möge
alle ihre Wachsamkeit anwenden und sich im jetzigen Augenblick
nicht von Kleinigkeiten ablenken lassen: Der Feind steht
rechts! Da gibt es nur noch ein geschlossenes Vordringen, Chemnitz
ist ein Musterbeispiel der Ruhe gewesen, aber wenn die Reaktion
dieser Problematik machen zu können, soll sie auf
den Grund des festen Geschlossenheitswillens stehen.

Das ist eine ernste Mahnung in erster Stunde. Die
deutsche Arbeiterklasse darf das Chemnitzer Beispiel nicht
aus dem Auge verlieren. Denn nur an ihrem geschlossenen
Willen werden die Pläne der Reaktion scheitern.

Neue Verhandlungen.

Dresden, 10. August. Es haben am Sonntag vernünftige Ver-
handlungen stattgefunden zwischen den Minister für Militär-
wesen Herr Kirchhoff und den Generälen v. Olders-
hausen einerseits und einer Deputation der Chemnitzer Ar-
beiterklasse andererseits. Von Seiten der militärischen Stellen
wurde zugesagt, dass die Verstärkung des Belagerungszustandes
durch Befreiung einer Sperrstraße aufgehoben werden könne.
Es zeigt sich, dass die Arbeiterorganisationen selbst die Inne-
haltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung herbeiführen in der
Handlung der öffentlichen Ruhe und Ordnung annehmen, dass unter
den gleichen Voraussetzungen von der Einsetzung auf herab.

licher Gewichte im allgemeinen voraus genommen werden
sollte, dass aber ein besonderes Gewicht eingesetzt wird zur Unter-
suchung der Vorgänge am 7. und 8. August, insbesondere also
der Vorgänge am Bahnhof. Die Mitglieder der Deputa-
tion wollen sich bemühen, in der Montag stattfindenden Ver-
sammlung der Angestellten- und Arbeiterausschüsse im obigen
Sinne zu wirken, und hoffen, dass es gelingen wird, weitere mi-
litärische Maßnahmen erbrechlich zu machen. Von dem Minister
und den beiden Generälen wurde den Mitgliedern der Deputation
kein Zweifel darüber gelassen, dass die Wiederherstellung der
öffentlichen Ordnung in Chemnitz in jedem Falle durchgeführt
werden wird.

In dem letzten Satz dieser amtlichen Auffassung liegt
eine versteckte Drohung an die Chemnitzer Arbeiterklasse, die
um so weniger berechtigt ist, als die öffentliche Ordnung in
Chemnitz durch die heimtückischen Schüsse der Kosygarde
gestört worden ist.

Wollt Ihr weiter

Banken und Sparkassen eure Ersparnisse geben, damit sie
im Interesse des Kapitals und zu eurer Bekämpfung Ver-
wendung finden?

Ersparne Arbeitergrofchen

Können nirgends sicherer angelegt werden, als durch Zeich-
nung von Anteilsscheinen in der Verlagsgenossenschaft
„Freiheit“, die mit drei Prozent verzinst werden.

Ihr dürft nicht zögern

Eure Gelder in eurem Unternehmen anzulegen, das un-
ablässig für eure materielle und geistige Befreiung kämpft.

Euer Stolz

muss es sein, an dem unablässigen Aufschwung und der
Ausgestaltung der „Freiheit“ mit tätig zu sein!

Deshalb zeichnet und werbt!

Mittwoch ist Zahlabend in Groß-Berlin.
Nüht die Gelegenheit.

Internationale Sozialisten- konferenz.

Schlussführung.

Luzern, 9. August.

Matinchenke (Ukraine) wandte sich zu Beginn der
heutigen Vermittlungsitzung gegen den Gedanken der sofortigen
Errichtung eines russischen Bundesstaates. Unter den
heutigen Umständen sei nichts anderes möglich, als die rus-
sischen Einzelstaaten anzuerkennen.

Kalinin (Russland) verurteilte das Vorgehen der
Deutschen in Lettland vor und nach der Revolution.
Kugelrod (Rusland) führte aus: Die Meinungsver-
schiedenheiten in der Internationale gehen tiefer als der
Gegensatz zwischen Leninismus und Marxismus. Man
hat infolge des Krieges Marx' Grundriss aus den Augen
verloren; die Linke macht noch mehr Phrasen als die Rechte.
Die Internationale soll sich endlich überzeugen, ob in Rus-
land das Proletariat herrscht. Wer ein einziges Russland
will, muss zuerst den Volksweltismus durch das demokratische
Prinzip beseitigen. Ganz Russland muss auf demokratischer
Grundlage wieder aufgebaut werden.

Adler (Österreich) führte aus: Vor in Paris diskutierte
imperialistische Friede hat allen Genossen die Augen geöffnet.
Es ist ein Verstum, von den imperialistischen Regierungen
irgendetwas für das Proletariat zu erwarten. Ich habe die
Zuversicht, dass die Erkenntnis, bei diesem Kriege handele es
sich um den Gegensatz zweier imperialistischer Mächtegruppen,
auch im Proletariat der Ententestaaten immer fester Fuß
fassen wird. Wir in Österreich sind auch gegen den Volkswelt-
wismus, aber wir verurteilen ihn als Sozialisten und nicht
als Bourgeoisie. Was haben wir die Einheit der Partei und
damit ihre Kampffähigkeit erhalten können; in dieser Hin-
sicht steht es in Deutschland schlecht. Wir in Österreich
haben auch Volksweltisten, aber wir werden nie aufhören, mit
ihnen zu reden und uns mit ihnen auszusprechen. Diese
Taktik ist der Internationale und den deutschen Sozialisten
zu empfehlen. Aus der Zweiten und der Dritten Internatio-
nale muss eine Zusammenfassung geschaffen werden, die uns
auf den Weg der eigentlichen Internationale bringen wird.

Luzern, 10. August.

Auf Antrag Guymans wurde die Debatte geschlossen,
doch erhalten Longuet als Antragsteller der Gegenseite
und Renaudel als Berichtshalter der Kommission noch das
Wort. Ersterer erklärte sich einverstanden mit der Resolution der
Kommission, soweit sie territoriale, wirtschaftliche und Kolonial-
fragen behandelt, bleibt aber hinsichtlich der politischen Richtlinien
und der darin berührten russischen Frage bei seiner Resolution.
Renaudel verteidigt im Schlusswort den Kommissionsvor-
schlag und führt dann aus: Wir sind sozialistisch-revolutionä-
risch gestimmt und müssen uns einigen, um eine Politik der
aktion in der Internationale vorzubereiten. Nach Zurücknah-
mung des deutschen Militarismus wird die Internationale den
Kampf gegen den Militarismus aller Länder aufnehmen. Der
Völkerbund ist das wichtigste Ergebnis des Vertrags. Dieser
dürfen wir nicht negativ gegenübersehen. Der Sozialismus
muss die Organisation des Völkerbundes in Angriff nehmen.
Der schwache Punkt ist die Frage der Abklärung. Wir müssen
verhindern, dass eine neue Völkerbundspolitik eintritt, deren Ver-
hinderung wir uns heute schon zur Aufgabe machen müssen. Die

ktion der Internationale muss erweitert werden: 1. gegenüber
Deutschland eine Politik der Abklärung; 2. eine baldige Um-
gestaltung des Völkerbundes. Niemals ist die Gelegenheit zur
Organisierung des Sozialismus in der ganzen Welt besser ge-
wesen und nie hat sich eine bessere Gelegenheit zur Ergreifung
der Macht geboten.

In der Nachmittagsitzung wurde die internationale Konferenz nach
der Abstimmung über die beiden Resolutionen und über eine Reihe
von Entschliessungen über Fragen, die die kleinen Staaten in
Osten betreffen, geschlossen.

In der gestrigen Schlussführung wurde über die politische
Richtlinien, den Friedensvertrag und den Völker-
bund nach Prüfung der Kommissionsvorlage bzw. der Gegen-
resolutionen abgestimmt. Die territorialen, wirt-
schaftlichen und kolonialen Fragen wurden von der
Konferenz einstimmig in der Fassung des Kommissionsvorschlages
angenommen. Ueber eine Intervention in Russland
konnte der Konferenz nach langen Kommissionsberatungen, die sich
über die ganze Woche hingezogen haben, schließlich ein
einheitlicher Text verlesen werden. Die Konferenz pro-
testiert gegen die militärischen und finanziellen Hilfe-
leistungen, welche von den Ententemächten der Gegenrevolution
unter Ausfall und Deville gewährt werden, und fordert die
nationalen Sektionen auf, die allierten Regierungen zu zwin-
gen, ihre Truppen aus Russland zurückzuziehen. Schließlich wies
die Konferenz die Forderung auf Entsendung einer
Untersuchungskommission nach Russland. Nach
einstimmiger Annahme einer Resolution zu Gunsten der
Kriegsgefangenen, in der die Sozialisten aller Länder
aufgefordert wurden, mit allen Mitteln auf die Regierungen
einzuwirken, damit die Heimbefreiung der Gefangenen sofort
beginnt, und nach Erledigung einer Anzahl von Entschliessungen
über die Russland und den Balkan betreffenden Fragen waren
die Arbeiten der Konferenz beendet.

Luzern, 9. August. (Eigener Bericht.)

Die internationale Sozialistenkonferenz
nahm einstimmig folgende vom Franzosen Renaudel vorgeschla-
gene Proklamationsresolution an:

Die Konferenz protestiert gegen die Ver-
folgungen, deren Opfer die Juden in den von
Polen militärisch okkupierten Teilen Litauens und der Ukraine
sind. Sie fordert vom neuen polnischen Staat, dass er seine Un-
abhängigkeit durch Tölpelung dieser Verbrechen nicht befestigen
lasse. Sie fordert von der Friedenskonferenz, dass sie den pol-
nischen Staatsmännern eine Politik empfehle, welche die Wieder-
kehr dieser unmenschlichen Verbrechen ausschließt. Sie fordert zu-
gleich die polnischen Sozialistenparteien energisch auf, einzuwirken
auf die Beseitigung des Fortdauern dieser Konferenz
durchzuführen.

Weiter nahm die Konferenz eine vom Delegierten Valentin
Chasnowitsch Kaplanow vorgeschlagene Resolution an.
Diese lautet: „Die internationale Sozialistenkonferenz beschließt
die Entsendung einer Kommission zur Untersuchung der gegen
den Juden in Polen und in den von Polen okkupierten Teil-
en Litauens und der Ukraine gerichteten Pogrome und Verfol-
gungen. Das Aktionskomitee wird beauftragt, die Zusammen-
setzung dieser Kommission zu bestimmen und den jüdischen, pol-
nischen, ukrainischen und litauischen sozialistischen Parteien eine
Vertretung einzuräumen.“

Eine freche Drohung.

Die deutschen Soldaten, die durch Schwindel und läugerische
Versprechungen nach Lettland gelockt worden sind, haben durch
ihre Vertreter bei der deutschen Gesandtschaft in Riga ein erneutes
Verbot erlangt, in der sie die Erfüllung ihrer ange-
blich „berühmten“ Versprechungen von der lettischen Regierung ver-
langten. Hinter dieser Resolution stehen natürlich in der Haupt-
sache jene Elemente, die im Interesse der baltischen Barone das
Abenteuer in Ausland unternommen haben, und die sich jetzt vor
den betrogenen Soldaten flüchten.

Es ist eine unerhörte Anmaßung, wenn sich die Deutschen
in dieser Resolution als die „Befreier Lettlands“ be-
zeichnen, denn sie sind nicht nach Lettland gekommen, um dem
Volke die Freiheit zu bringen, sondern um es im Interesse einer
Handvoll Junker zu versklaven. Das lettische Volk hat auf
die Befreiungsversuche der deutschen Soldaten von Anfang an ver-
zichtet, und das Grauen, das ihm dieser mißlungene Befreiungs-
akt beigebracht hat, wird dem Volke in ewiger Erinnerung blei-
ben. Wenn also die Soldaten glauben, irgendwelche Forderungen
erheben zu können, dann müssen sie sich an die Schwindler
wenden, die sie unter Zustimmung der deutschen Regierung nach
dem Osten geschickt und hetzen haben.

Geradezu unerschämmt ist es aber, wenn in der Resolution
zum Schluss gesagt wird: „Im Namen der von uns vertretenen
Berechtigten erklären wir nochmals, dass wir, wenn uns unser
Recht nicht wird, und für schmählich betrogen halten müssen, und
uns alle weiteren Schritte vorbehalten.“ Das ist nichts weiter als
eine freche Drohung, mit der Waffe in der Hand sich an
den lettischen Volk für den Beitrag zu rächen,
den die deutschen militärischen Machthaber im Verein mit den
baltischen Junkern an den Soldaten verübt haben. Die deutsche
Soldateska in Russland hat keine andere Aufgabe, als so schnell
wie möglich den Rückzug anzutreten, damit das lettische Volk be-
rechtigt aufatmen kann und Deutschlands Ansehen nicht noch tiefer
in Schmach und Schande sinkt.

Eine Richtigerklärung.

Wir erhalten folgende Aufschrift:
„In der Abendausgabe der „Freiheit“ vom 7. August befin-
det sich ein Bericht über die Funktionärskonferenz der S. P. D.
vom 31. Juli, zu dem ich folgendes bemerken möchte: Es ist nicht
wahr, dass ich in hebräischer Weise gegen U. S. P. D. und A. P. D.
gesprochen habe, sondern das Gegenteil von dem trifft, nach
Urteil vieler unserer Parteigenossen zu. Was die persönlichen
Angriffe auf Richard Müller betreffen, so möchte ich festhalten,
dass dieses auch nicht den Tatsachen entspricht, sondern ich Müller
nur einmal nannte und mich jedes persönlichen Angriffs ent-
halten habe.“
Drolat.

Wir geben dieser Aufschrift gern Raum, bemerken aber, dass
der erwähnte Bericht, wie aus seiner Einleitung hervorgeht, aus
von rechtssozialistischen Funktionären ausgegangen
ist. Im übrigen möchten wir bei dieser Gelegenheit auch noch
darauf verweisen, dass wie aus der Richtigerklärung des Genossen
Blumenthal und der in Nr. 374 der „Freiheit“ abgedruckten
Erklärung von Funktionären der S. P. D. ersichtlich ist, der unter
Nähting von Drolat stehende Vollzugsrat der S. P. D. sich
des Mittels der verständlichen Verleumdung seiner Gegner bisher
in ausgiebiger Weise bedient hat.

Es sollte uns außerordentlich freuen, wenn Drolat sich dafür
sorgen würde, dass die Gegensätze zwischen beiden Parteien sach-
lichen Austrag finden würden.

Streik der Bankbeamten in Hamburg und Chemnitz.

Die am 9. August im Restaurant „Wolfsblut“ in Hamburg versammelten Angestellten und Botenausschüsse der Hamburger Großbanken proklamierten, nachdem der am 31. Juli gefällte Schiedsspruch, der als Entschädigungssumme Beträge von 1000, 800 und 600 M. brachte, durch die Bankleitungen abgelehnt worden war, und nachdem die Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar zu keinem befriedigenden Resultat geführt hatten, auf Grund der vorgenommenen, geheimen Abstimmungen für Montag den Streik. Die Durchführung der Aktion wurde einer aus Mitgliedern aller Ausschüsse zusammengesetzten Zentral-Streikleitung übergeben.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten soeben aus Chemnitz erfährt, hat die dortige Arbeitgeberorganisation die Verhandlungen über einen Tarif abgelehnt. Infolgedessen hat die Arbeitsgemeinschaft der Chemnitzer Bankangestellten beschlossen, sofort nach Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes, der wegen der Chemnitzer Unruhen verhängt worden ist, den Streik der Chemnitzer Bankangestellten zu proklamieren. Inzwischen ist die Vermittlung des sächsischen Arbeitsministeriums angetreten worden, jedoch besteht wenig Aussicht, daß der Konflikt friedlich beigelegt werden wird. Man kann daher in Kürze auch in Chemnitz mit einem Streik der Bankangestellten rechnen.

Massentunzungen der Kriegsbeschädigten.

„Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!“ hieß es einst, als die Kriegsbeher die Arbeiter ins möderische Feuer des Weltbrandes schickten. Natürlich dachte die damalige Regierung keinen Augenblick daran, das Versprechen, das sie den Kriegsteilnehmern in der Not gegeben hatte, jemals einzulösen. Auch die gegenwärtige Regierung, die ja auch nur ein Ausschuß zur Vertretung der kapitalistischen Interessen des Staates ist, kennt keine humanitären Pflichten gegenüber den arbeitsunfähigen Gliedern der Gesellschaft. Der Ruf der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen um Gewährung eines Existenzminimums findet darum bei ihr kein Gehör.

Diese sozialistische Regierung schreckt sogar nicht davor zurück, die ihr lästigen ewigen Wahnungen der im Kampfe für den Kapitalismus zu Krüppeln gewordenen Arbeiter mit brutaler Gewalt zum Schweigen zu bringen. Dem Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sind durch einen Rosta-Erlaß sämtliche öffentlichen Versammlungen im vornherein verboten worden.

Da ist es nur natürlich, daß sich der unter einer entsetzlichen materiellen und seelischen Not leidenden und politisch entrechteten Kriegsverletzten und Witwen eine gewaltige Empörung bemächtigt hat. Am gestrigen Sonntag wurde dieser Empörung in riesenhundgebungen Ausdruck verliehen. Beide Organisationen der Kriegsverletzten veranstalteten zu gleicher Stunde Massenversammlungen mit dem gleichen Zweck und Ziel. Sie vereinten sich zu einem einmütigen wuchtigen Protest gegen die jehige Regierung.

Demonstration des Internationalen Bundes.

Die Versammlung des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im Park des Schweizergartens war sehr zahl besucht. Genosse Karl Tiedt sprach in warmen Worten von der Not und dem Elend der Kriegsbeschädigten. Er kennzeichnete scharf Rostes Vorgehen gegen den Bund, das Verbot der Versammlungen und den Befehl, mit rücksichtsloser Waffengewalt gegen die Kriegsbeschädigten vorzugehen. (Stürmische Proteste aus der Versammlung.) Tiedt besprach dann die neuen Verfügungen über den Einstellungsurlaub und das Versorgungsgehalt und betonte, daß auch diese Gesetze noch nicht genügen, da sie nur den Einkommensersatz für die über 50 Prozent Erwerbsunfähigen und die völlige Ungleichheit nach Rang, Stand und Beruf hinsichtlich der Versorgung enthalten. Tiedt sprach mit bewegten Worten von der Fülle der Not und des Elends, die sich besonders in den Sprengpunkten des Bundes offenbare. Das sei die schwere Arbeit und es sei manchmal herzzerreißend. Der Bund verlangt die völlige Gleichstellung aller Hinterbliebenen. Deute erhalten Offiziere 900 M., Gemeine 350 M. Verhütungszulage. Die Kriegszulage beträgt für Offiziere 1200 M., für Gemeine 180 M., die Witwe des Stabsoffiziers erhält 1500 M., die Witwe des Gemeinen 100 M. In der Diskussion wurde besonders auf die Kriegereltern hingewiesen, die über in größerer Notlage seien als die Witwen und Waisen und für die fast nichts getan werde. Eine Resolution, welche Protest erhebt gegen das Verbot der öffentlichen Versammlungen, gegen die Verschmäherung der Bundeszeitung, gegen die Entlassungen aus den Heeresbetrieben und gegen die Ungleichheiten in der Versorgung, wurde einstimmig angenommen. Hierauf formierte sich ein

Demonstrationszug

von ungefähr 1200—1500 Teilnehmern, welcher vom Friedriehshain über den Alexanderplatz, Schloßplatz nach den Linden zog. An der Ecke der Wilhelmstraße wehrte eine Schumannskette

den Eingang in die Wilhelmstraße. Gleich darauf kam eine vordringende Kolonne Freiwilliger mit gelacktem Gewehr und pflanzte sich am Brandenburger Tor auf. Darauf bog der Zug um, vor dem Hotel Adlon gruppierte sich die Masse und Genosse Tiedt hielt nochmals eine kleine, zündende Ansprache, die in ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die Internationale ausklang. Darauf gingen die Demonstranten ruhig auseinander. Inzwischen war noch vor dem Brandenburger Tor ein Lastauto mit Regierungssoldaten angefahren, die aber nicht in Tätigkeit traten. Auf dem Vorhofe der Reichskanzlei hatte etwa eine Kompanie die Gewehre zusammengefaßt. Es waren Drahtverhaue und größere Posten Stacheldraht bereitgestellt worden. Auch diese Truppen konnten kurz nach 2 Uhr in ihre Quartiere zurückkehren.

Vor dem Hotel Adlon hatten sich einige Ententeoffiziere und Journalisten, darunter eine amerikanische Journalistin, eingefunden, die mit großem Interesse den Vorgängen folgten und mehrere photographische Aufnahmen machten. Erwähnt sei, daß sich vor dem Brandenburger Tor beim Herannahen der Truppenabteilung zwei Kriegsbeschädigte auf dem Pflaster in Krämpfen wälzten. Der kommandierende Offizier wollte die beiden Leute in die Wache am Brandenburger Tor schaffen lassen, aber die Menge widersetzte sich energisch mit der Begründung, daß die Mitglieder des Internationalen Bundes nichts mit den Regierungstruppen zu schaffen haben wollten.

Versammlung des Reichsbundes.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hatte seine Mitglieder nach der Unionsbrauerei, Hasenheide, eingeladen. Bader berichtete über die Haltung der Regierung zu den Forderungen des Bundes. Diese seien abgelehnt worden mit der Begründung, daß die geforderte Körperkraft die Mittel verweigere. (Große Entrüstung.) Das sage eine Regierung, die 2½ Milliarden für ihre Soldaten ausgeben und eine ungläubliche Verschwendung durch die kaiserliche Kriegsspekulation betreibt, und nur darauf bedacht ist, den Offizieren und Kapitulanten mit ausgiebigen Renten das Leben angenehm zu machen. Die Versammlung wählte hierauf eine sechs-köpfige Kommission, die sofort in Weimar mit allem Nachdruck vorstellig werden soll.

Gegen einen geplanten Demonstrationenzug nahm die Gauleitung energisch Stellung, obwohl zu Eingang der Versammlung beschlossen worden war, in keine Diskussion einzutreten. Ueberhaupt war ein Teil der Versammelten ungeduldet über das Ueberhaupt der Gauleitung. Infolge der demotomeren Geschäftsführung gelang es dem Vorsitzenden Loring, sich selbst in die Kommission wählen zu lassen. Er verstand es auch, die Versammelten so zu beeinflussen, daß von einer Demonstration Abstand genommen wurde. Um einen Demonstrationenzug zu verhindern, waren Regierungstruppen an der Franziskastraße aufgestellt.

Groß-Berlin.

Achtung! Arbeiterräte, Betriebsräte und Funktionäre der U. S. V. D.!

Dienstag, den 12. August, 8 Uhr abends, findet in der Böhmer-Brauerei, Prenzlauer Allee 242, eine Fraktionsversammlung statt. Persönliches Erscheinen erwartet der Fraktionsvorstand. J. A.: Otto Koch.

Die Lohnbewegung des Groß-Berliner Lazarettpersonals.

Nachdem seinerzeit zwischen der vom Gr.-Berliner Lazarettpersonal gewählten Sieben-Kommission, zu deren Obmann der Führer der früheren Lohnbewegung der ehem. Sanitätsmannschaften und Militärkrankenwärter von Bodenheimer bestimmt wurde und dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband eine Spannung eingetreten war, ist nunmehr eine Einigung mit der Gewerkschaft erfolgt. Die in einer von dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband einberufenen Versammlung gewählte Tarifkommission hat mit der bestehenden Sieben-Kommission, den von der Gewerkschaft vorgelegten neuen Tarifvertrag gemeinsam bearbeitet und nicht unwesentliche Änderungen vorgenommen. Der neue Vertrag sieht für das männliche Personal zwei Lohnklassen vor. Die erste umfasst Hauswäscher, Stationsaufseher, Bureaugehilfen, Operations-, Leichen-, Laboratoriums-, Apotheken- und Bediener, Rasseure, Desinfektoren usw. für welche ein Grundlohn von 17 M. den Tag festgesetzt ist. Steigerungssatz innerhalb 3 Jahren bis auf 18,50 M., die zweite Klasse umfasst Wärter, Schreiber, Hausdiener, Boten, Pförtner, Diener, Hausarbeiter, Wächter, Außer usw. Grundlohn 16 M., steigend bis 17,50 M. Für weibliche Arbeitskräfte (Köchinnen, Köchinnen, Pflegerinnen, Schreiberinnen, Wäscherinnen) ist der Grundlohn auf 10 M., steigend bis 11,50 M., für Hausarbeiterinnen auf 9,50 M., steigend bis 11 M. festgelegt. Außerdem haben die vereinigten Kommissionen wichtige Bestimmungen über Dienstleistungen an Infektionskranken, Anrechnung der Heeresdienstzeit usw. mit aufgenommen. Neben dem Vertrag soll demnächst mit den zuständigen Stellen im Reichsarbeitsamt verhandelt werden.

Rechtschiebungen bei einer Versicherungsgesellschaft.

Unter der Überschrift „Der Berliner Magistrat als Schleichhändler“ brachten wir am 11. und 12. Juli d. J. eine eigenartige Rechtschichte bei der Allianz-Versicherungsgesellschaft, Taubenstraße 12, zur Kenntnis der Leserschaft.

Die Gesellschaft hatte in einem internen Rundschreiben ihren Angestellten Recht angeboten, das angeblich der Berliner Magistrat zur Verfügung gestellt habe. Wie wir sofort annehmen war der Name des Magistrats mißbraucht worden. Er hatte an der Sache nichts zu tun. Die „Allianze“ erklärte, daß das Recht ein „Anbellen“ angeboten worden sei. Dieses Juristenspiel auf den beliebten großen „Anbellen“ gab uns zu denken. Wir gingen der Sache nach und wir möchten uns heute die Frage erlauben, ob der erwähnte „Anbellen“ nicht mit dem bekannten Moritz Glaeser identisch ist? Demselben Herrn, dem schon einmal ein Posten von 20 Doppelzentnern Recht beschlagnahmt worden ist. Dieser Vorfall spielte sich damals folgendermaßen ab: Als das von dem p. Glaeser geleitete Recht vor dem Hause der Allianz in der Mauerstraße 16/18 abgehalten wurde, benachrichtigte eine Arbeiterfrau die Polizei des Raub in der Kronenstraße, die auch das Recht beschlagnahmt und den Schlüssel zu dem Raum, in den das Recht gebracht worden war, an sich nahm. Bevor es aber von dem Wäldermeister Gatz, Charlottenstraße, dem es von der Behörde zur Verarbeitung übergeben worden war, abgeholt wurde, ließ Herr Glaeser den Raum unter Benutzung eines Nachschlüssels oder zurückbehaltener Schlüssel, außerhalb der Geschäftszeit öffnen und etwa ein Drittel des Rechts in ein Gefäß auf dem Geschäftstisch gründlich bringen. Von der Kriminalpolizei wurde die Beschlagnahme des Rechts nicht bemerkt. Es gelang auch, die strafrechtlichen Folgen durch geeignete Schritte abzuwenden. Herr Glaeser rühmte sich dieser auch öffentlich. War war ihm beim Erscheinen der Kriminalpolizei ein gewaltiger Schreck in die Glieder gefahren, denn er handelte sich um einen sehr hohen Betrag der für das Recht angesetzt worden war. Er versuchte zwei Herren, von denen er annahm, daß sie Verbindung mit der Kriminalpolizei (Zentrale im Volkspolizeibüro) hätten, zu veranlassen, Schritte zu tun, damit die erfolglose Beschlagnahme hinterherum aufgehoben würde. Zu diesen Bemühungen ist es jedoch nicht gekommen, denn schon nach kurzer Zeit hatte Herr Glaeser es selbst fertig gebracht, die Wege zu ebnen.

Darüber kann vielleicht die Kriminalpolizei Auskunft geben. Was dahin wollen wir unsere Kritik zurückhalten.

Kommunale Arbeiterräte!

Donnerstag, den 12. August, nachmittags 2 Uhr, im Dommerhaus, Prenzlauerstraße, Volkerversammlung. Tagesordnung: Neuaufbau der kommunalen Arbeiterräte. Referent Gen. Däumig.

Wir ersuchen die kommunalen Arbeiterräte die „Wahl-Bund“ Marken abzuholen. Vollzugsamt Groß-Berlin, Kommunales Volksschul-, In den Zeiten 23. (Bernspr. No. 150/154.)

Lebensmittelschiebungen mit einem Militärfeuerwerk. Am Sonnabend wurden die Mannschaften der Wachabteilung der Kommandantur in Wilmersdorf verständigt, daß vor einer Gastmahlzeit an der Ecke Gasteiner und Lauenburger Straße Gatte eingeladen werde. Eine Patrouille, die sofort dorthin entsandt wurde, fand eine große Menschenansammlung vor, bis ein von dem Restaurant stehendes Feuerwerk der Garde-Kavallerie-Schützenkorps umlagerte. Es ergab sich, daß das Militärgespann drei große Fässer mit Pulver geladen hatte, wobei ein Fäßchen in die Gastwirtschaft gebracht worden war. Das Pulver wurde zurückgebracht, aufgeladen und die ganze, rund vier Zentner umfassende Schießlieferung nach dem zuständigen Polizeikommando gebracht. — Nahe dem Bahnhof Herrstraße wurde von einer Patrouille ein aus der Richtung Wilmersdorf kommendes Fahrzeug als verdächtig angehalten. Eine Untersuchung der Ladung ergab, daß sie aus fünf Zentner frischem Kalbfleisch, einer großen Menge Blut und je einem Doppelzentner Hafer und Gerste bestand. Lebensmittel wurden der Gendarmeriestation Eichkamp zugewiesen. Der Inhaber des Fuhrwerks Ernst Göring aus Charlottenburg-Sprecher 8, wurde nach Feststellung seiner Personallisten wieder aus der Haft entlassen.

Die neue Verwaltung des Kreises Teltow. Der Teltower Kreisrat hatte in seiner letzten Sitzung beschlossen, Ausschüsse für die Verwaltungszweige des Kreises beschreiben zu lassen, um die Ausschüsse neu zu wählen. Die Ausschüsse werden am nächsten Freitag, der am 18. August zusammentritt, ernannt werden. Unter anderem wird auch ein Eingemeindungsausschuß für ein Landwirtschafts- und ein Selbstbildungsausschuß ernannt werden. — Ferner steht ein sozialdemokratischer Antrag auf Versorgung der Kranken mit Nahrungsmitteln auf der Tagesordnung.

Der Leichenfund im Landwehrkanal. Der rätselhafte Leichenfund im Landwehrkanal hat auch nach der Obduktion keine Klärung darüber gefunden, ob Mord oder Selbstmord vorliegt. Die Obduktion der Leiche des landwirtschaflichen Sachverständigen Carl Blau, die gestern nachmittags von dem Gerichtsmedizinalrat Professor Dr. Stigmann und Professor Dr. Strauch vorgenommen wurde, hat die Todesursache nicht bestimmt feststellen können. Sie läßt jedoch den Verdacht schließen, daß ein Mord vorliegt, und zwar durch Erstickung. In einem öffentlichen Säuereinsatz wurde eine genaue Beschreibung über die eigenartige Veranschaulichung der Leiche gegeben und darauf hingewiesen, daß nach dem Gutachten der ärztlichen Sachverständigen ein Selbstmord nicht möglich, daß aber auch ein gewalttätiger Tod nicht ausgeschlossen ist. Für den letzten Fall hat die Behörde auf die Verhaftung des Täters eine Befehlshaltung von 5000 M. ausgesprochen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Helepp. Druck-Verlags- und Verlags-Gesellschaft m. b. H. Berlin. - Frankfurter- und Lindendruckerei und Verlags-Gesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 13.

Theater und Vergnügungen.
Walhalla-Theater
Tägliche 7½ Uhr:
O schöne Zeit, o seltsame Zeit
Gartenbühne:
Theater, Spezialitäten
Rose-Theater
7 Uhr: Die Frau d. Debitanten.
Gartenbühne:
5 Uhr: Konzert, Spezialitäten.
8 Uhr: Das nicht sich lader an.
Casino-Theater
Eröffnung, Sonntag, 16. August
Großstadt-Pflanzen
Vollständig in 3 Akten.
Vorher: „Schwarzwaldbühne“.
Operettentakt mit Victor Litzke
von der Komischen Oper.
Dazu aristokratische Spezialitäten.
Theater d. Kottbus-Tor
Abendliche 7½ Uhr:
Silbe-Sänger
benem. Mittel der
Stettiner Sänger
Humor, Solopien
Sommerpreise!
Blühgen-Konzert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband,
Berlin.
Barren Angelager 15, Zimmer 33. Tel.: 41. Amt: Hoyerpl. 4099 u. 9702.
Mittwoch, den 13. August 1919,
abends 6½ Uhr
Branchen-Versammlung
aller in den Eisenkonstruktionsbetrieben
beschäftigten Arbeiter und Angestellten
im Sphien-Physicum, Weinmeisterstr. 16/17.
Tagesordnung:
1. Bericht der Agitations-Kommission.
2. Diskussion.
3. Bericht der Arbeiterräte.
4. Beschließendes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Betriebs-Versammlung D. W. F.
Wittenau Waffenanbau
am Mittwoch, den 13. August 1919, abends 5 Uhr,
in den Pforus-Sälen für sämtliche Arbeiterinnen
und Arbeiter, die am 25. 1. 1919 entlassen sind.
Tagesordnung:
Bericht über Verhandlung, Lohnnachzahlung.
Der Arbeiterrat. J. A.: Weibauer.

Kupfer — Messing — Quecksilber
Platin, Gold, Silber, Metallabfälle u. Altmetalle
kaufen!
Peters, Prenzlauer Straße 21,
Peters, Reichendörfer Straße 12,
Schoen, Waldstraße 3, Ecke Tarnowstraße,
Ermel, Lubener Straße 59, an der Frankfurter Allee,
Degener, Schöneberg, Bahnstraße 46.

Achtung!
Spezialarzt
Dr. med. Haedicke
Haut- und Harnleiden, Haut-
untersuchung, Friedrichstr. 157 5
(a. d. Mohrenstraße)
11-1, 3-7, Sonntags 11-1.
Mandoline, Laute, Gitarre
Wandermandoline 45.—, erstkl.
85.—, Konzertlaute 125.—, 145.—,
(Unterrieth 8.—, Monatskonzert,
evtl. 10stündige Schnell-
tanzel, Konzertvioline mit Zeb-
elbor 145.—, Konzertgitarre
85.—, Ernst, Oranienstr. 166/111.
Piano
elegante schwarze 1800.— M.,
Nußbaum-piano 2500.— M.,
Konzert-piano 4500.— M.,
Verkauf Ernst, Oranien-
straße 166/111.
Detektiv Wingo
ermittelt alles, was
Auskunft, Erörterung,
Präsidenten-Straße
Ferial-Alexander-Str.
Zweibureau-Haus
Wragelstraße 10,
Kaiser-Palast
Kauf-Photographen
Jeden Posten zu einem
H. Hasenstein, G. u. H.
Charlottenb., Wilmersdorf.
Krisenmittel,
expliere, Prävention,
Gerunges, beliebt, für
Jehouestelle für
Spirito-Holzmittel.
Die Expedition der
für Zahnärzte
befindet sich beim
Paul Arenst, G.
Strauss 6.

Auch die sauberste Mutter
ist der Gefahr ausgesetzt, daß ihr Kind aus der Schule gelegentlich Angeziemer mitbringt. Sie kann es aber — Angeziemer nebst Nissen — sofort durch Kopf- und Haarwasser Pfeifferol radikal beseitigen. Dabei schäumt unter Haarwasser prächtig, reinigt die Kopfhaut von Schuppen, befördert den Haarwuchs und macht das Haar voll und locker. Flasche 1,75 M. und 2,75 M. überall zu haben.
Apotheker Otto Pfeiffer & Biebler, N 65, Schöneberg.